

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Telephon-Nummern 89 - 88 - 88

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 30 Mark, durch die Post bezogen monatlich 40 Mark. Feil- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schab, Bochum, Trud. G. Landmann & Co., Bochum. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. Westf., Biemelbier Str. 38/42

Telegraph-Adresse: Altkreuz Bochum

Krieg dem Kriege!

Vorwärts! Aufwärts!

Wir müssen bekennen, daß der Weltfriedenskongreß, der vom Internationalen Gewerkschaftsbund für den 10. bis 15. Dezember 1922 nach dem Haag einberufen wurde, wenigstens in Deutschland vor seinem Zusammentritt nicht die Beachtung fand, die er verdient. Das war auch während des Kongresses so, weil die Berichterstattung der bürgerlichen und der kommunistischen Presse tendenziös, die der sozialdemokratischen Presse infolge unseres Votums ungenügend war. Das wird sich ändern, die hohe Bedeutung dieses Kongresses von 600 Delegierten aus 27 Ländern, die energische Einsetzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes für den erbitterten Kampf der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen Militarismus und Imperialismus, gegen Krieg und Kriegsgefahr mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln, insbesondere auch mit Generalstreik und Boykott, wird dem Kongreß eine Bedeutung geben, die weit über die meisten seiner Vorläufer hinausragt.

Gegen jeden Krieg! Keine Abstrichung des akuten Kampfes in entscheidenden Tagen durch Debatte über Schuld oder Verantwortlichkeit! „Im Kriege ist das Proletariat immer Besiegter, der Kapitalismus immer Sieger... Im Kriege mordet und schwächt das Proletariat nur sich selbst.“ Deshalb Kampf gegen Krieg und jede Kriegsgefahr mit allen Mitteln.

Mit einer in der Gewerkschaftsgeschichte noch nie dagewesenen Schärfe arbeitete das entscheidende Referat von Kimmén die Probleme der Kriegsfragen heraus. Ein stimmig war die Zustimmung des Kongresses zu diesem Referat, ein stimmig die eigentliche auf den Kongreß nicht gehörenden russischen Vertreter Kadek und Losowski (ausgenommen), die Zustimmung zur Resolution über den Kampf der Gewerkschaften gegen den Krieg. Kein Wort des Widerstands, nur lauter Beifall erhob sich, als Kimmén in seinem Referat und in seinem Kommissionsbericht erklärte: Kampf gegen Kriegsgefahr mit allen Mitteln! Lieber offener Aufruhr in Stadt und Land als Willfährigkeit kapitalistischem Kriegswillen. Lieber Zehntausende Opfer im Straßenkampf mit der Bourgeoisie, als noch einmal Töten von Millionen auf dem Schlachtfeld, Verhungern von Millionen im Lande!

Kein Mensch in der Welt, keine Regierung wird an dieser bedeutenden Rundgebung vorbeigehen können. Wer heute über die Lage nachdenkt, dem wird morgen oder übermorgen, in Wochen, oder in Jahren das Nachdenkliche vergehen!

Unnötig zu sagen, daß dieser Kongreß eine weitere starke Bekräftigung der internationalen Solidarität des Proletariats, daß er ein gläubigstrebendes Bekenntnis zum Sozialismus war! Wohl hielten radikale Positisten wie v. Gerlach es zu Beginn für nötig, vor zu weit gehenden sozialen Forderungen zu warnen, aber gegen die betreffenden Stellen der Resolutionen erhob sich auch nicht eine Stimme, ausgenommen die paar Kommunisten, die den Haager Kongreß und seine Beschlüsse als Halbheit, Arbeitererrat, Volk mit der Bourgeoisie usw. auslachten.

Kadek und Losowski sagten ihr Sprüchlein nur herunter, formulierten 14 Punkte nur für ihre Presse und Agitation. Tatsächlich verhielten sie, geschickt vorzugehen, indem sie die allgemeinen Einheitsapostel münzten. Aber derselbe Kadek, der auf dem Kongreß so zahme Töne anschlug, beschimpfte und verleumdete im selben Augenblick die Kongreßteilnehmer in der kommunistischen „Tribüne“ und Toulhaur sprach mit Recht von Kadek als dem Wolf, der hier mit sanften Nachtigallentönen lockte.

Klar und scharf ließ die deutsche Delegation zum Ausdruck bringen ihren Protest gegen Deutschlands Vergeßlichkeit, gegen die drohende Ruhrbesetzung, gegen die Verelendung des deutschen Volkes, seinen Willen zu gerechter Wiederherstellung. Mehr noch als in den offiziellen Resolutionen kommt die Unterstützung dieser deutschen Auffassung zum Ausdruck in Resolutionen der einzelnen ausländischen Delegationen, die dem Kongreß nicht mehr zum Beschluß vorgelegt wurden, sondern als Willensmeinung der betreffenden Delegationen dem Protokoll einverleibt werden sollen. Wir veröffentlichen von diesen Erklärungen heute die der französischen und belgischen Delegation, die klar und scharf die Stellung der belgischen und französischen Delegierten zur Frage des Wiederaufbaues, aber auch zur Politik der Sanktionen und Gewaltmaßnahmen darlegt.

Nie wieder Krieg! Jeder organisierte Arbeiter ein Kämpfer für diese Parole! Jede Mutter Erzieherin ihrer Kinder in Haß gegen den Krieg! Zusammenarbeit fortwährender bürgerlicher Friedensfreunde mit dem internationalen Proletariat! Das war das Ergebnis des Kongresses und in seinem Sinne wollen wir alle den Kampf gegen Kriegsgefahr, gegen Kapitalismus und Imperialismus führen, damit endlich Wahrheit werde die Weihnachtsglocke:

Friede auf Erden!

I. Die Gewerkschaftsinternationale und der Krieg.

Der Krieg ist die furchterlichste Geißel der Menschheit und ganz besonders des Proletariats. Im Kriege ist das Proletariat immer Besiegter, der Kapitalismus immer Sieger. Im Kriege mordet und schwächt das Proletariat auch nicht den Imperialismus oder den Kapitalismus eines Landes, sondern es mordet und schwächt sich nur selbst. Jede Niederlage und Schwächung des Proletariats eines Landes ist immer auch Niederlage und Schwächung des internationalen Proletariats und Sieg und Stärkung des internationalen Kapitalismus. Nicht in gegenseitiger Ueberwindung im nationalen Kampfe auf dem Schlachtfeldern, sondern allein in der gegenseitigen Verbindung zum internationalen Kampfe gegen die herrschende Klasse verbessert die Arbeiterschaft ihre Lage und führt den Frieden.

Darum hat die Arbeiterschaft aller Länder die Pflicht, den Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr mit allen Mitteln zu führen, direkt und indirekt, im Parlament und außerhalb des Parlamentes. Zu diesem Zweck muß bei jeder Gelegenheit die Arbeiterschaft alle bestehenden Organisationen einberufen und die Arbeiterbewegungen einberufen werden, die mit der nationalen Front nicht verbunden, sondern die

Armeut-Weihnacht

Diktor Kallinowski:

Maria war armer Leute Kind,
So arm wie die Armen noch heute sind.
Als dann ihre Stunde der Schmerzen kam
Und ihr ein Kind aus dem Horren nahm,
Leg sie im Stall, dem Vieh zugewandt,
Und gab der Welt den Heiland der Welt.
Maria hatte kein Bett, keine Winda,
Weil die Reichen die Armen ums Leiste beschwindeln.

So ist der Holland ein Kind der Not,
Er knagerte auch nach Milch und Brot,
Er schaute sich auch nach Licht und Freud,
Erad wie noch heut die armen Leut,
Und er begriff durch Not und Qual,
Wie der Reiche die armen Leute bestahl,
Da schwang er die Geißel zündender Rede,
Ansprach dem Reichtum ewige Feind.

Was Jesus die armen Leute gelehrt,
Ward von den Reichen verdröht und verkohrt.
Drum ist das Christkind jetzt mehr im Palast
Wie in der Hütte bescheiden der Gast.
Es wird erst anders für Jed und Christ,
Wenn jeder sein eigener Erlöser ist,
Wenn jeder erkennt: Von Schlechten und Bösen
Kann mich nur mein eigener Wille erlösen!

heit der proletarischen Klasse wieder herzustellen. Außerdem ist eine unablässige und entscheidende Propaganda für den Völkerverein und gegen alle imperialistischen Kräfte zu organisieren mit dem zweifachen Ziele: alle Anstrengungen zur Verhinderung des Krieges zu unterstützen und zu kräftigen; die materielle Entlastung herbei zu führen, Kriegsgeldern zu verweigern und den Kampf zu leiten gegen alle Faktoren, welche erst Kriege möglich machen.

Zur Erreichung dieser Ziele muß die Arbeiterbewegung den Kampf für den Frieden organisieren und allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks verhindern. Durch Wort und Schrift muß die Arbeiterbewegung — wenn möglich auch in Verbindung mit außerhalb der Arbeiterbewegung stehende Organisationen — eine Propaganda für den Gedanken der Völkervereinigung und gegen alle Faktoren, welche die bestehenden Gegensätze erhält oder verschärft. Insbesondere muß sie ihre Aufmerksamkeit der antimilitaristischen und antikapitalistischen Erziehung der Jugend widmen und entsprechenden Einfluß auf das heutige Erziehungssystem ausüben. Von höchster Bedeutung ist die strengste Kontrolle der Presse durch die Arbeiterschaft. Diese muß der Presse unablässig größte Aufmerksamkeit schenken und mit Hingebung für den Erhalt der bestehenden sowie die Schaffung von neuen eigenen Presseorganen in allen Ländern wirken und zwischen diesen Presseorganen gegenfällige Beziehungen herstellen. Von gleicher, wenn nicht größerer Bedeutung ist die Propaganda und die Aktion gegen Kriegsgefahr und für die zur Verhinderung eines Krieges notwendige Organisation.

Zu diesem Zweck darf die Arbeiterbewegung sich nicht darauf beschränken, eine Fabrikations- und Transportkontrolle über Kriegsmaterial auszuüben, sondern sie muß auch durch wissenschaftliche und zähe Propaganda sowie durch Erziehungsarbeit unter den Arbeitern selbst in naher Zukunft die Fabrikation und den Transport von Kriegsmaterial unmöglich machen. Die Gewerkschaftsorganisationen haben jeder Kriegsgefahr entgegenzuwirken und die Anrufung des Schiedsgerichts für alle beteiligten Länder zu fordern.

In diesem Sinne obliegt dem Internationalen Gewerkschaftsbund die Verantwortung, gemäß dem Beschluß des Rom-Kongresses, den Generalstreik und den wirtschaftlichen Boykott zu beschließen und durchzuführen.

Die Arbeiterschaft muß sich dafür einsetzen, die Schaffung eines militärischen und wahren Völkervereins herbeizuführen, in welchem die Arbeitervertreter sitzen können und dessen Entstehung alle Differenzen zwischen einzelnen Staaten unterworfen werden müssen.

Die Propaganda für den Frieden ist mit allen Elementen zu führen, die bereit sind, für die Durchführung der Resolution von Rom als Grundlage zu nehmen.

Die Vorbereitung jeder endgültigen Aktion liegt in Händen des vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Rom eingesetzten Komitees, das aus Vertretern des I. G. B. und der Internationalen Sekretariats der Transportarbeiter, der Bergarbeiter und der Metallarbeiter besteht.

Die Leitung jeder endgültigen Aktion bleibt in Händen des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Weltfrieden kann nicht eher endgültig gesichert werden, bis nicht die heutige kapitalistische Produktionsweise, die auf dem individuellen Gewinnstreben beruht, durch eine Produktionsweise abgelöst ist, die sich nach den Bedürfnissen und den Interessen der Gesamtheit richtet.

II. Die politischen Forderungen.

Der im Haag vom 10. bis 15. Dezember vom Internationalen Gewerkschaftsbund veranstaltete Weltfriedenskongreß lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder auf die Gefahren, die durch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den von ihrem Profit und von der Erweiterung ihrer Macht ringenden kapitalistischen Gruppen der verschiedenen Länder hervorgerufen und durch die nationalistische Agitation der diesen Gruppen unterliegenden Presse vergrößert wird. Obgleich die Tendenz zum Kriege dem kapitalistischen System innewohnt, so kann ihr doch entgegengearbeitet werden durch den selbstbewußten und entschlossenen Kampf der organisierten Arbeiterschaft, unterstützt von allen Kräften, die den Krieg bekämpfen.

Der Kongreß fordert deshalb von allen Organisationen, die zum Kampf gegen Militarismus und Imperialismus entschlossen sind, insbesondere von den sozialistischen Parteien aller Länder, daß sie an der Verwirklichung der Ziele mitwirken, die die in Rom gefasste Resolution des I. G. B. ausdrückt, und ferner, daß sie ihre jetzt noch zerstreuten Kräfte zu gemeinsamen Aktionen zusammenschließen.

Der Kongreß erklärt ausdrücklich, daß die Forderung des politischen Kampfes für den Frieden Angelegenheit der politischen Parteien ist. Die Organisationen, die sich der gemeinsamen Bewegung anschließen, behalten ihr selbständiges Programm. Der Kongreß fordert:

1. Revision der Friedensverträge im Sinne der von den beiden sozialistischen z. der Antimilitarischen Internationale gemeinsam gefassten Beschlüsse und im Einklang mit den Grundfäden der wirtschaftlichen Solidarität der Völker.

2. Kampf in und außerhalb der Parlamenten gegen Militarismus und Kriegerwerb; öffentliche Kontrolle über die Rüstungsindustrie durch den Völkerverein unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen und Umgestaltung der Kriegsindustrien in solche, die für den Friedensbedarf arbeiten.

3. Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerverein; Umgestaltung des Völkervereins zu einem allumfassenden Bund der Völker als oberste internationale Instanz zur friedlichen Regelung internationaler ökonomischer, juristischer und politischer Fragen.

Zum Studium der Umgestaltung des Völkervereins wird vom Kongreß eine Kommission eingesetzt.

4. Beseitigung der Geheimverträge und der Geheimdiplomatie.

III. Die Erziehung gegen den Krieg.

Der vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufene Kongreß erklärt, daß im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Menschheit der Krieg nicht mehr als Lösungsmittel der zwischenstaatlichen Konflikte gebildet werden darf. Die Verpflegung, friedliche und rechtliche Sanktionswege zu betreten, muß als endgültige Erkenntnis des menschlichen Bewusstseins gelehrt werden, und dieser Grundfaden muß die Erziehung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in jeder Form beeinflussen.

Zu diesem Zweck ist in erster Linie die Mitarbeit der Frauen zu gewinnen. Sie können, sei es auf dem Wege der Familien-erziehung, sei es durch ihre soziale Mitarbeit zur Bildung eines neuen geistigen Lebensinhalts und zur Umgestaltung der Gesellschaft in sozialistischen und sozialistischen Sinne in wertvoller Weise beitragen.

Zu diesem Zweck ist es wünschenswert, daß die Arbeiterklasse mit all ihren Kräften die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Organisation der arbeitenden Frauen unterstützt.

Der Kongreß ruft alle Arbeiter auf, in ihrer Familie einen politischen Geist lebendig zu werden zu lassen und neben der Staats-erziehung ihre Kinder nach ihren Idealen und unter der Kontrolle ihrer Organisationen zu erziehen und die Arbeiterjugendbewegung als wichtigen Faktor des Lebens zu unterstützen.

Es ist unerlässlich, daß der öffentliche Unterricht und die Berufsbildung der Lehrer von diesen Grundfäden geleitet werde, daß insbesondere der Geschichtsunterricht umgewandelt und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung das Vorrang vor der Beherrschung der Eroberungen und der Eroberer eingeräumt wird.

Es soll die Achtung vor jeder Arbeit gelehrt, die heranwachsende Jugend mit der Ueberzeugung erfüllt werden, daß die Völker in ihren Beziehungen zu einander die gleiche Regel aufstellen müssen, wie sie jedes einzelne Volk den Willenen seiner Bürger auferlegt, nämlich das unbedingte Verbot der Anwendung der Gewalt zur Selbsthilfe zu sein. Das gleiche Recht aller Kinder auf Erziehung einschließlich der Berufserziehung muß anerkannt, ein System der Ueberprüfung der Schullehrer und der Schulbehörden sowie des gesamten Unterrichtsmaterials durchgeführt und aus dem Unterricht alles entfernt werden, was den Chauvinismus weckt oder festeren könnte.

Der Kongreß empfiehlt den Vätern und Müttern sowie allen Erziehern und Erzieherinnen, diese Grundfäden zu befolgen und einer neuen Erziehung der Menschheit die Wege zu ebnen.

IV. Gemeinsame Friedensarbeit.

Der vom Internationalen Gewerkschaftsbund einberufene und vom 10. bis 15. Dezember 1922 im Haag tagende Weltfriedenskongreß stellt fest, daß, obwohl die pazifistische Propaganda wegen der ungünstigen Verhältnisse mehr als theoretischem Gebiet geführt worden ist, sie doch einen wichtigen Anteil gehabt hat an der zwar sehr unvollständigen Einrichtung des Permanenten Schiedsgerichts, des Völkervereins und des Internationalen Schiedsgerichts.

Es ist davon überzeugt, daß durch die Beteiligung der Arbeiterorganisationen an dieser Propaganda mehr als bis jetzt auch praktische Maßnahmen gegen den Krieg getroffen werden können außerdem der Entlastung und gegen die Einführung des Militarismus in denjenigen Ländern, die bisher davon frei geblieben sind.

Es hält es für wünschenswert, daß alle für den Frieden wirkenden Kräfte im Kampfe gegen den Krieg zusammenarbeiten und endlich dem Internationalen Gewerkschaftsbund, die angeschlossenen Landeszentralen zu heutzutage, das Verständnis für die Prinzipien des aufbauenden Pazifismus und die Notwendigkeit der Umgestaltung des Völkervereins zu verbreiten.

Um diese Zusammenarbeit zu fördern, hält es der Kongreß für notwendig, daß alle für den Frieden wirkenden Organisationen mehr als bisher zusammenkommen und schlägt ihnen vor, ihre zerstreuten Kräfte zusammenzufassen vermittels einer von irgendwelchen Regierungsverbindungen unabhängigen Instanz, mit welcher der Internationale Gewerkschaftsbund in jedem Augenblick Beziehungen anknüpfen und beraten kann über die Mittel, die Art und Weise, wie eine unauffällige Propaganda geführt werden kann.

Der Kongreß ladet das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes ein, möglichst bald eine Studienkommission einzusetzen, um die angängige notwendige Umwandlung des Völkervereins vorzubereiten.

Der Kongreß stellt mit Vergnügen fest, daß wichtige pazifistische Gruppen den Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes befolgt haben und ladet diesen ein, die Parlamentarier, die Juristen und geistigen Arbeiter aufzufordern, sich an der Bewegung gegen den Krieg und für die Organisation des Friedens zu beteiligen.

V. Belgien und Frankreich gegen die Gewaltmaßnahmen der Entente.

Unter dem Titel von Garantien oder Pfändern — Gewaltmaßnahmen in Deutschland und namentlich eine militärische Besetzung des Ruhrgebietes befürchten lassen, wüßte der Kongreß vor allem mit Nachdruck zu erklären, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien, Frankreich und Italien eine unbedingte Voraussetzung für den moralischen und tatsächlichen Frieden zwischen den Völkern ist. In diesem Zusammenhang spricht der Kongreß seine Zustimmung aus mit den in Antwerpen (April 1921) und in Frankfurt (Februar 1922) vom Internationalen Gewerkschaftsbund und den sozialistischen Parteien ausgesprochenen Beschlüssen.

Der Kongreß gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß einzig und allein die Durchführung dieses Programms eine befriedigende Lösung der beiden eng miteinander verknüpften Probleme der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete und des Wiederaufbaus der europäischen Wirtschaft verbürgt und macht es daher den hier vertretenen Organisationen zur Pflicht, sich mit allen ihren Kräften für ihre Verwirklichung einzusetzen.

Nachdem der Kongreß jedoch diese Prinzipien festgelegt hat, verurteilt er um so energischer und nachdrücklicher die Politik der Sanktionen, den Zwangsmaßnahmen und der Vergeßlichkeit, deren absolute Zwecklosigkeit durch die Tatsache mehr als reichlich erwiesen ist und die, auch wenn sie dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien, Frankreich und Italien eine unbedingte Voraussetzung für den moralischen und tatsächlichen Frieden zwischen den Völkern ist, den Zweck der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien, Frankreich und Italien eine unbedingte Voraussetzung für den moralischen und tatsächlichen Frieden zwischen den Völkern ist.

Im weiteren Verlauf des Kongresses wurde die Entscheidung über die

Wohnmaßnahmen die Verstärkung Deutschlands und eine verhältnismäßig große Anzahl von Arbeitslosen, die in der Welt-Verkehrung vorantreiben, ohne dass dies weiter die Bergarbeiter in ihrer Lage zu verbessern vermag, sondern nur ein vorläufiger Schritt ist, bis in das öffentliche Bewusstsein und der Individuen, das Recht der Selbstbestimmung der Völker, eintritt.

Der Kongress muss für die verschiedenen Gruppen, die in ihrem Land und in ihren Parlamenten für die Verwirklichung des oben genannten Programms einzustehen und in feindseliger Weise ihrem Fortschritt zu stehen.

Der Kongress muss schließlich alle Völker als Vertreter des allgemeinen Bewusstseins auf, jeder Verwaltungsmaßnahme, die die Willkür und den Frieden bedrohen würde, ihren unerschütterlichen Widerstand zu leisten.

Die Delegation des französischen Gewerkschaftsbundes.
Die Delegation der sozialistischen Partei Frankreichs.
Die belgische Delegation.

(Meinen zusammenhängenden Bericht geben wir in nächster Nummer auf seine Wichtigkeit machen wir besonders aufmerksam. D. Red.)

Die Tagung der Internationalen Arbeitsorganisation.

Der Friedensvertrag hat in seinem 13. Teil eine Internationale Arbeitsorganisation geschaffen. Wie es in der Einleitung zu diesem 13. Teil heißt, ist das Gebot, um den Weltfrieden auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit zu begründen, weil Arbeitsbedingungen, die für eine große Anzahl von Menschen viel Ungerechtigkeit, Elend und Entbehrung mit sich bringen, eine der wichtigsten Ursachen der Kämpfe sind, die den Weltfrieden gefährdend umwirbeln und die menschliche Arbeitsordnung durch irgendeine Regierung die Beziehungen der anderen auf die Verbesserung des Loses der Arbeiter in ihrem eigenen Lande bedachte Nation hemmt, habe man diese Organisation der Arbeit geschaffen.

Der 13. Teil des Friedensvertrages ist der einzige, der Deutschland keine bindenden Verpflichtungen auferlegt. Ungefährlich findet die Versammlung dieser Organisation der Arbeit ist. Die Regierungen eines jeden Landes können sich durch zwei, die Arbeitgeber durch einen und die Arbeitnehmer gleichfalls durch einen Delegierten vertreten lassen. Bisher haben nur vier Tagungen der Internationalen Arbeitsorganisation stattgefunden. Die erste Tagung in Washington 1919 betraf die Zulassung Deutschlands und Österreichs zur Internationalen Arbeitsorganisation. Daneben wurden zwölf Verträge abgeschlossen, die die Arbeitslosenversicherung, die Arbeitslosigkeit, die Arbeiterrenten, die Nachtarbeit der Frauen und Jugendlicher usw. betrafen.

Die zweite Tagung 1920 beschäftigte sich mit der Anwendung der Washingtoner Beschlüsse auf die Fragen der See- und Binnenfabrikarbeit. Die dritte Tagung 1921 befasste sich in der Hauptsache mit der Anwendung und Anpassung der Washingtoner Beschlüsse auf die Landwirtschaft, mit der Regelung der Sonnenschutz in Handel und Gewerbe sowie des Schutzes gegen Waldbrand, mit dem Verbot der Verwertung von Bleiweiß beim Anstrich und der Revision der Zusammenfassung der Verwaltungsräte.

Die letzte Tagung die vom 18. Oktober bis 8. November 1922 in Genf stattfand, hat sich in der Hauptsache mit Verwaltungsfragen beschäftigt. In den Verhandlungen hat eine erhebliche Rolle gespielt die Entscheidung, ob man den einzelnen Regierungen vorgeschlagenen Vorlägen gewillt, die einzelnen Länder angegebene Änderungen vorzunehmen. Eigener sind nämlich die Vorläge auf Arbeiterentkommen nur in ganz minimalem Umfang ratifiziert worden, vielfach aus rein formalen Gründen, da die Vorläge der Eigenart der einzelnen Länder nicht genügend Rechnung trugen. Es ist dem Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation ausgedrückt, über die Frage einen eingehenden Bericht zu erstatten.

Auch die Frage der Weltarbeitslosigkeit ist auf der letzten Jahresversammlung erörtert worden. Mit Rücksicht auf die in gleicher Ausdehnung und Dauer niemals zuvor geachtete Massenverderben, die seit Jahren die Arbeitslosigkeit der meisten Länder heimsucht, hat diese im vergangenen Jahre der Vertreter der Arbeitnehmer die eingehende Erörterung der Arbeitslosenfrage gefordert. Im Mai 1922 hat dann auf Grund deutscher Anregung die Internationale Arbeitskonferenz in Genoa sich im engen Zusammenhang mit der Weltarbeitslosigkeit auch mit der Weltarbeitslosigkeit befasst und auch internationale Arbeitsamt mit besonderem Studium über die sich wiederholenden Krisen des Arbeitsmarktes und die Mittel der einzelnen Länder, ihnen vorzubeugen, beantragt. Nach dem sechsten und vierten Weltkongress der Wirtschaft- und Finanzorganisation der Völkerbundes Aufstellung über eine Reihe wirtschaftlicher Unterlagen der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit, insbesondere über die Arbeitslosigkeit, die Weltwirtschaft, die Handelsbeziehungen zu Russland sowie die Einwirkungen der Reparationen und der internationalen Schulden aufeinander.

Im Hinblick auf die unbefriedigte Arbeitslosenfrage wurde zu ihrer Beratung ein besonderer Ausschuss eingesetzt. Er nahm die Vorläge des Direktors zu 1, 3 und 4 unverändert an. Der zweite Voranschlag besteht in der wesentlichen Verbesserung, als beschließen wurde, die internationale Sammlung und Prüfung auch auf die Einwirkungen der Produktion und des Konsums, als wirtschaftliche Voraussetzung des Arbeitsmarktes, anzunehmen. Damit war man dem Kern des Problems näher gekommen, denn gerade in den wirtschaftlichen Zusammenhängen lagte, was der Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung, Wiesel, von Anfang an betont hatte, das Schicksal der Bergarbeiter im Bereich des Arbeitsmarktes die Weltwirtschaft nicht zu helfen vermögen, die erst und ausschließlich nach Gründung der Weltwirtschaft, nach Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den Völkern und insbesondere nach Lösung des Weltkapitalproblems zu erwarten ist. Der Vertreter der Arbeiterbewegung der Schweiz beantragte im gleichen Sinne die Einberufung einer internationalen Konferenz aus Vertretern der Wirtschaftskreise, um von dieser Grundlage aus die Weltarbeitslosigkeit der Internationalen zu beheben.

In Laufe der Kommissionsberatungen erhielt der fünfte Voranschlag eine einigermaßen verbesserte Fassung, indem das Internationale Arbeitsamt beantragt wurde, zum Zwecke der Vermeidung unnötiger Krisen des Arbeitsmarktes den Schwankungen der wirtschaftlichen Tätigkeit über besondere Aufmerksamkeit zu verwenden und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der einzelnen Länder zur Förderung des Weltwirtschafts zu berücksichtigen. Der Voranschlag zu 6 aber enthält leider eine falsche Behauptung gegenüber den Vorlägen des Direktors. Das Internationale Arbeitsamt wurde beantragt, mit der Wirtschafts- und Finanzorganisation der Völkerbundes in der Arbeitslosenfrage einen Antrag zu machen und von der genannten Organisation eine Kommission über die Weltwirtschaft anzufragen, die sich aus dem Wirtschafts- und Finanzkomitee der einzelnen Länder für den Arbeitsmarkt ergibt.

Man kann sich nicht fragen, was diese Kommissionsbeschlüsse zu nützen aber — im Hinblick auf die bringende Not der Arbeitslosen — das sie auch nur wenig genutzt haben. Trotzdem treten in der öffentlichen Meinung die Vorstellungen einzelner Arbeiter und Arbeiterinnen

einzelner Regierungen für weitere Abschnitte ein, und es bedürfte des einmütigen Widerstandes der Arbeitnehmer, sie einzigermaßen durchzusetzen.

Überhaupt man hat Ergebnisse, so ist es doch zu bedauern, dass die Konferenz nicht unmittelbar wirksamen Maßnahmen gegenüber der Arbeitslosigkeit gebracht hat und nach Lage der Umstände vielleicht auch nicht bringen konnte. Wenn jetzt neue und erweiterte Untersuchungen der Internationalen Arbeitsorganisation im Vernehmen der Wirtschaft und Finanzorganisation des Völkerbundes beschlossen worden sind, so steht dies an die Geduld der Bergarbeiterlosen neue harte Anforderungen. Um so mehr wird aber verlangt werden müssen, dass die anstehenden Untersuchungen mit größter Beschleunigung und Emsigkeit durchgeführt werden und dass unangenehme Ergebnisse nicht durch vorgeschobene Wutungen die wirtschaftliche Organisation der Welt, die sinnlose Anhäufung von Schulden durch den Krieg und durch die Reparationen und das daraus folgende Auseinanderfallen der Werten auf den Arbeitsmarkt ausgeht haben. Werden diese Untersuchungen, wie von der Amsterdamer Internationale gefordert, bereits abgeschlossen ist, so könnte man heute im Wiederanbau der Welt weiter sein.

Auch die Sprachenfrage hat auf der letzten Tagung eine große Rolle gespielt. Nach der Geschäftsordnung der Internationalen Arbeitsorganisation ist die englische und französische Sprache die Amtssprache. Demnach wird auch nur in diesen beiden Sprachen verhandelt. Zwar kann jeder einzelne Delegierte in seiner Muttersprache reden, aber er stellt sich dann die Überlegung in die der Amtssprachen Sorge tragen. Das schließt naturgemäß den Teil der internationalen Arbeiterkraft von einer immensen Anteilnahme an den Verhandlungen aus, die nicht eine der beiden Amtssprachen sprechen. Besonders trifft das auch die Deutschen, obwohl gerade im deutschen Sprachgebiet auf den Gebieten des Arbeiterkampfes und der Arbeiterorganisation wie überhaupt in der gesamten Sozialpolitik die umfangreichsten Erfahrungen gesammelt wurden, dass es im Interesse einer effektiveren Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation zu bedauern ist, dass das der Fall ist. Seit Jahren drängen namentlich die deutschen Vertreter auf Einführung der deutschen Sprache als dritte Amtssprache. Immer und immer mehr werden sich Widerstände geltend, die ganz offenbar nicht nur auf dem Gebiet der sozialen Erziehung liegen, sondern auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Das ist um so mehr zu bedauern, als gerade auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik nur rein sachliche Erwägungen auszusprechen sein sollten. Wie in der Vorliedzeit kein internationaler Arbeiterschutzbund als gegeben war, auf dem nicht die deutsche Sprache als gleichberechtigt angesehen wäre, so sollte es auch in Zukunft bei den Tagungen der Internationalen Arbeitsorganisation der Fall sein.

Die diesmaligen Verhandlungen mussten für die deutschen Vertreter um so schmerzlicher sein, als ihnen in den Kommissionsberatungen und auch im Plenum ausdrücklich zugestanden war, dass sie im Plenum ihre Argumente zugunsten der deutschen Sprache vorbringen können. Das aber wurde ihnen dadurch unmöglich, dass eine Reihe von Anträgen, darunter auch die, die die Sprache betrafen, in der Abschlusssitzung der Konferenz am letzten Tage en bloc dem Verwaltungsrat zur näheren Prüfung und Vertretung an die nächste jährliche Versammlung überwiesen wurden. Angesichts dieser Verhinderung der deutschen Vertreter ist es sehr bedauerlich, dass die diesmalige Tagung der Internationalen Arbeitsorganisation nur ein sehr bescheidenes Ergebnis erzielt hat. Die diesmalige Tagung der Internationalen Arbeitsorganisation hat sich im Plenum mit der Weltarbeitslosigkeit befasst und auch die Weltarbeitslosigkeit auf der Tagesordnung der diesmaligen Tagung der Internationalen Arbeitsorganisation aufgeführt. Die diesmalige Tagung der Internationalen Arbeitsorganisation hat sich im Plenum mit der Weltarbeitslosigkeit befasst und auch die Weltarbeitslosigkeit auf der Tagesordnung der diesmaligen Tagung der Internationalen Arbeitsorganisation aufgeführt.

technische Vorkursen. Bibliotheken werden eingerichtet. Lehrbücher werden verteilt, soweit es die Mittel erlauben. In den Volkshochschulen werden nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene aller Jahrgänge unterrichtet. Doch fehlt es meist an Unterrichtsmaterial; nur kann nur in bedürftigster Weise angekauft werden und die alte aus dem Vorkriegszeit für die Gegenwart nicht mehr. Wie schlimm es aber mit dem Buchschulwesen trotzdem noch bestellt ist, geht aus folgender Auslassung in Nr. 41 der in Julaugia erscheinenden Zeitung „Diktatura Truda“ („Die Diktatur der Arbeit“) hervor:

„Die Situation der Arbeit“ in der Sowjetunion, besonders die Dorfschulen, sind im Jahre 1920 nicht ausgebessert worden. Sie stehen im Verfall, die Lehrer hungern, geben von einer Platte zur andern zum Mittagessen, verbringen sich als Tagelöhner usw. In der Masse befinden sie sich ohne Hilfsmittel, ohne notwendige Bücher, oft auch ohne Kleidung. Im Klassenzimmer herrscht die meiste Zeit eine höllische Kälte, so dass die Kinder bis zum Schluss in Überkleidern sitzen. Kann unter diesen Umständen die Schularbeit Früchte tragen?“

Solche Zustände herrschen in den Schulen mehr oder minder auch in allen anderen Kreisen. Es bedarf noch sehr großer Anstrengungen, um die Bergarbeiterbevölkerung auf eine einigermaßen annehmbare Kulturhöhe zu bringen. Wie groß auch die Unwissenheit ist, beweist eine im Jahre 1920 durch die Außenabteilung des Bergarbeiterverbandes in den einzelnen Bergbetrieben aufgenommene Statistik der Unwissenheiten, die folgende Ergebnisse zeigte:

Betrieb	Anzahl der Arbeiter	Anzahl der Unwissenden	in Prozent
Dones	147 000	82 200	56
Moskau (Steinbrüche)	21 000	10 500	50
Moskau (Loch)	80 000	18 000	22
Dorowitsch (Draht)	3 500	1 750	50
Petersburg (Eisen)	20 000	12 000	60
Ural	37 000	25 900	70
Kaukasus	82 000	45 000	55
Sibirien	50 000	19 200	38
Zurlojan	10 000	10 000	100
Gesamt	350 500	224 500	64

Damach sind 66 Prozent der Bergarbeiter des Lebens und Schreibens unkundig. Inzwischen werden sich zwar die Verhältnisse etwas gebessert haben, es ist aber klar, dass nicht jeder, der schon seinen Namen geschrieben hat, Gedanken zu Papier bringen oder Gelesenes verstehn kann. Das bedarf es jahrelanger Praxis. Hier bedingt sich die Frage auf: Kann solche wenig kultivierten Menschen schreiben? Was ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung und der politischen Organisationen gegenüber der Bildung der Arbeiter? Mit welchen Mitteln? Dazu bedarf es einer sorgfältigen Untersuchung. Wie aber den russischen Bergarbeitern zu überwiegender Teile fehlt. Wenige sind Kommunisten aus Überzeugung, die meisten aus Furcht und Erwartung einer besseren Zukunft. Da kann man sagen: „Du bist ein Volkswort, du hast die Hände gefaltet und wachst nicht, was es ist!“ — Rämst die Hände und wachst nicht, was es ist, was es ist! — Rämst die Hände und wachst nicht, was es ist, was es ist! — Rämst die Hände und wachst nicht, was es ist, was es ist!

Internationale Arbeiterverbände in Russland.

Der russische Bergarbeiterverband ist Mitglied der Moskauer Roten Gewerkschaftsinternationalen, die 11 Millionen Mitglieder zählen soll. Die Amsterdamer Internationale ist ihm nichts anderes als die Internationale der Gelben, der Vertreter der Kapitalisten, der Kaufleute, Reformisten usw. An diese Organisationen hat man schon gedacht: Wir wollen uns nicht mit ihnen verbinden, sondern unsere eigenen Verbände als Gewerkschaften und Arbeiterverbände angeordnet werden. Zum Beispiel wird Wusemann bezeichnet als „einer aus dem berühmten Stand der deutschen Gewerkschaftsbureaus“, die sich dankt drücken, die Entwicklung der deutschen Revolution verhindert zu haben, und die ihre Hoffnung auf die Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie legen, an welche sie täglich und stündlich die Arbeiterinteressen verkaufen.“ Der Internationale Bergarbeiterkongress in Frankfurt a. M. wird als „Kongress der Untätigkeit und des Verrats“ genannt. Trotzdem wird dieses Verlangen darüber geäußert, dass man zu diesem Kongress der Untätigkeit und des Verrats, der auch die amerikanischen Bergarbeiter schändlich betrogen haben sollte, die Delegation des russischen Bergarbeiterverbandes nicht zulassen. Wäre das aber geschehen, so würde die „Untätigkeit“ wahrscheinlich noch größer gewesen sein, denn die Verhandlungen würden dann vermittels in einer unfruchtbaren Streit über parteipolitische Doktrinen ausarten.

Im Jahre 1920 wollte der Verbandsvorsitzende Kisselew auch im Ruhrgebiet, um mit unserem Verbande Beziehungen anzuknüpfen und Informationen einzuholen, bei welcher Gelegenheit er auch sechs Vorträge über die Aufgaben der Gewerkschaften und der Betriebsräte“ in Genf, Vorimund, Düsseldorf und Duisburg hielt. Unser anderer Verband, dem er über 900 000 Mitglieder anrechnet, während er selber nur halb so stark ist, berichtet er:

„Der von Scheidemann geleitete Bergarbeiterverband will mit uns keine Beziehungen anknüpfen, und wenn schon, dann mehr aus Neugier als aus aufrichtigem Wunsch zum gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie. Im Laufe der gegenseitigen Information erklärten die Scheidemannschen Führer des Verbandes rund heraus, sie werden den russischen Internationale wickeln niemals erkennen, die Arbeiterbewegung internationale zu zerschlagen. Zu Anfang des Gesprächs ließen sie wissen, dass keine Agitation sie niederzujwingen vermag, denn sie gehen ihrer Gewerbe.“

Die Führer des russischen Bergarbeiterverbandes bemühen sich sehr, innerhalb der internationalen Bergarbeiterbewegung zu bestehen und so pflanzen, um so deren Einflüsse und Einseitigkeit zu erhalten. Trotz dem wollen sie mit uns in ein freundschaftliches Verhältnis treten, was sie schiedlich damit erreichen wollen, dass sie uns allerdings unbegründete Forderungen nachgeben. Aber kann man mit einem Fuchs gut freundschaftlich sein? Ist eine Arbeitsgemeinschaft mit Leuten möglich, die nicht müde werden, uns als Arbeiterverräter, als Kapitalistenfreunde und sonstwas zu beschimpfen, die uns Käufler nachgeben? Das kann man natürlich nicht verlangen, denn ohne gegenseitiges Vertrauen ist eine erfolgreiche Arbeit nicht denkbar. Die bolschewistischen Fellenbauer denken gar nicht daran, eine einheitliche internationale Bergarbeiterfront herzustellen, denn auf der Ende Februar 1921 stattgefundenen zweiten Generalversammlung des russischen Bergarbeiterverbandes sagte der unangenehm berüchtigte Bergarbeiterführer W. W. W. zwischen Moskau und Amsterdamer der unter sich stehende Kampf ausgefochten werden muß und daß mit Vertretern der Arbeiterklasse eine Verhandlung nicht möglich ist. Geht, kein Wille gefehlt!

Mit der Bolschewistischen Arbeiterunion unterhält der russische Bergarbeiterverband keinerlei Beziehungen. Die russischen Bergarbeiter, die die von den Unionisten inspirierten Verträge aus Deutschland lesen, glauben wohl felsenfest, daß die Union eine revolutionäre Arbeiterbewegung und einflussreiche Organisation ist, reich an Erfolgen und fähiger Initiative. Sie können auch nicht wissen, daß diese Begeisterung schon vor dem Vorkriegsjahre durch die Bolschewisten gezeugt ist, daß die meisten Unionisten nur wegen dem niedrigen Gehalt ihrer Organisation angehören; sie niebtigen der Zeit, desto größer auch ihre revolutionäre Agitation.“ Im „Gornjak“, vom 22. Februar 1922 prangen sogar die Bildnisse zweier gottbegnadeter Führer der Union: Ja das sind die Bilder. Darunter ist eine Unterbreitung niedergegeben, die also lautet:

„In Deutschland sind alle Bergleute revolutionäre. Die Elite ist in der großen, über 100 000 Mitglieder zählenden Arbeiterunion organisiert. Dieser Verband leistet eine große organisatorische Arbeit zur Vorbereitung des entscheidenden Kampfes mit dem Kapital. Die ganze Agitation wird den bringenden Tagelöhnen anvertraut. Jede wirtschaftliche Angelegenheit nimmt eine politische Färbung an. Die Verantwortlichen des Verbandes werden Werbung neuer Mitglieder nicht mit Hilfe illegaler, kleiner Fabrikmittels geleitet. Die Union selbst interessiert vor allem die Sozialistischem Arbeiter. Wenn auch die Partei (Sozialdemokraten) Nutzen aus dieser Partei ziehen, so haben sie abseits gar keine Erfolge zu verzeichnen. Sehr oft muß die Union die Arbeiter zurückhalten, weil kann die aufsehenswerten revolutionäre Arbeiter Energie in unorganisierten Ausbrüchen der Führer zum Vorschein kommt.“

Was wir nach nicht wußten, wissen wir also jetzt auf dem Wege über Moskau: Die Arbeiterunion ist eine Elitegruppe der Bergleute. Sie ist bis zum Wanken mit revolutionärer Energie gefüllt, deshalb darf sie auch wohl ungeschickliche, aber wirksame Mittel anwenden, die ihr handlungsfähig sind. Die Arbeiter sollten sich davon halten, so ungeschicklich

Bergbau und Bergarbeiter in Russland.

III. Hygienische und kulturelle Verhältnisse.

Besonders groß ist in den Bergbetrieben der Mangel an Wohnungen. Weil es an Geld fehlt, können keine gebaut werden. Aus diesem Grunde werden auch die Reparaturen verzögert vernachlässigt, so daß auch die bestehenden Häuser immer mehr zerfallen. Vor dem Krieg fanden die Grubenbesitzer keinen Anlaß, den Arbeitern gute Wohnungen zu bauen; windigste Lehmhütten, leuchte und dumbe Hütten waren für sie gut genug. Nach dem Krieg ist keine Verbesserung eingetreten, denn sie leeren Händen kann man leicht kommen. Um dem Wohnungsmangel wenigstens etwas abzuwehren, werden Holzbaracken gebaut, alle Dattoggen werden zu Wohnungen eingerichtet usw. Oft können die schon im Bau begriffenen Häuser nicht vollendet werden, weil es an Glas und anderem Material, sogar an Bauarbeitern ist. Zudem sind die meisten Gruben von den Baumaterialien sehr entfernt ist. Mit der Wohnungfrage hängt naturgemäß in engem Zusammenhang auch die sanitäre Frage. In einer schlechten Wohnung kann der menschliche Organismus nicht gedeihen, besonders, wenn er ungenügend ernährt wird. In der Moskauer Grube sind die Verhältnisse, die schlecht sind mit dem gesundheitlichen Zustand der Bergleute verknüpft, beweist eine ärztliche Untersuchung der Staatsgrube in Schifferdinal im Dezember 1922. Untersucht wurden 23 Grubenarbeiter, darunter 63 Dauer, 123 andere unterirdisch und 578 oberirdische Arbeiter. Dabei wurde die folgende Tabelle festgestellt, daß nur 102 Arbeiter oder 6,5 Prozent voll arbeitsfähig waren, während 26 Arbeiter oder 34,5 Prozent der Gesamtleistung an verschiedenen Krankheiten litten, die für sie waren oder jene Arbeit untauglich machten. Von den 68 Bauern wiederum waren 33 oder fast 50 Prozent durch alle Krankheiten befallen. Die Gesundheit der wichtigsten Arbeiterkategorie ist also am meisten von Gefahren bedroht. Dieses prozentuale Verhältnis darf auf das ganze Donesgebiet übertragen werden, wobei noch zu bedenken ist, daß die Arbeiter der oberirdischen Gruben sich hinsichtlich der Gesundheit befinden sind, weil sie als bester Arbeiter landwirtschaftlicher Arbeiter sind ihre Mängel teilweise selber beheben können. Auf den meisten Gruben steht es in dieser Beziehung sehr schlecht. Bei einer durch Dr. Figurovskij vorgenommenen Gesundheitsmessung von 125 Bergleuten ergab sich, daß das Körpergewicht zwischen 50 und 70 Kilogramm schwankte. Ein Bergmann über 140 Pfund Körpergewicht scheint also eine Seltenheit zu sein. Von dem Körpergewicht wird in einem Bericht bemerkt, daß der Donesbergarbeiter körperlich immer mehr entartet. „Schau dir das Donesbergbergarbeiter!“ — so wird den betonten Stellen eindringlich vorgeschlagen.

Die Arbeiter- und Arbeiterbewegung auf den Gruben läßt sich nicht als wünschenswert, doch werden in letzter Zeit immer mehr Bergbetriebe eingerichtet. Die Bergarbeiter können darum ihren Arbeitern ihre Arbeit nicht genügend sauber halten, auch fehlt es oft an Pflege, was die Vermehrung des Ungeheuers begünstigt. Gegen diese Verhältnisse förmlich den Bergleuten veranlassen, wo sie vorliegt und die Arbeiterschaft bestrebt wird, ferner werden die Wässhäuser, wobei ein gewisser Anstieg sich als sehr segensreich erwies.

Der kulturellen Erziehung der Bergarbeiter in den Bergbetrieben wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Für die berufliche Bildung der Bergleute werden Fachschulen eingerichtet. In Moskau wurde vor drei Jahren die Bergakademie gegründet, in Petersburg wurde ein Bergbauinstitut gegründet. Junge Leute, die das Bergbau studieren wollen, werden zum Studium eingeladen, wobei man in Anbetracht genommen werden. In den einzelnen Betrieben befinden sich ebenfalls Fach-

Man kann sich nicht fragen, was diese Kommissionsbeschlüsse zu nützen aber — im Hinblick auf die bringende Not der Arbeitslosen — das sie auch nur wenig genutzt haben. Trotzdem treten in der öffentlichen Meinung die Vorstellungen einzelner Arbeiter und Arbeiterinnen

drängen sie zum Entscheidungskampf. Aber die Führer, die Bänke der Union...

Welche sonstigen Informationen Moskauer mündlich auf Deutschland bezuglich...

Somit lassen sich die Verichte der russischen Bergarbeiterverbände, die gemäß...

Sofortige Auszahlung der seit drei Monaten ersäunigten Löhne: Freiheit der Arbeiterorganisationen...

Welche Forderungen sprechen für sich. Wie der Streik ausfallen soll, ist vorerst nicht zu wissen...

Das Leben der Arbeiterklasse ist von einem Polizeistatut umgeben. Wegen der geringsten Verletzung...

Wen geküsst es nach diesen Freiheiten? Wer ist noch bereit, seine Forderungen nach dem kommunistischen Paradies zu wenden?

Viktor Kallnowski

Gelebegebung und Verwaltung.

Veränderung des Gewerbeverordnungsgeetzes.

Das Gesetz über Änderung des Gewerbeverordnungsgeetzes vom 27. November 1922...

Im § 3 wird der Jahresarbeitsverdienst bis zu dem auch Betriebsbeamte, Verwalter...

Der Höchstbetrag der Geldstrafe, die zu welchem nach § 23 der Verordnungsgebet...

Die sogenannte Berufungsgrenze nach § 55 ist von 5000 auf 50 000 Mark erhöht...

Die Höhe der Geldstrafe, die der Gewerbeverordnungsgebet gegen Parteien...

Die Erhöhung der einmaligen Schlichtgebühr, wie sie nach § 58 Abs. 2 für die Verhandlung...

Das Gesetz tritt am 22. Dezember 1922 in Kraft.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Stene Kalkpreise.

Die durch Beschluß des Reichsausschusses vom 2. November 1922 zur Beschließung...

Table with 2 columns: Location and Price. Includes entries for Kalkpreise in various regions like Ostpreußen, Pommern, etc.

Stene Kalkpreise. Die durch Beschluß des Reichsausschusses vom 2. November 1922 zur Beschließung...

Die durch Beschluß des Reichsausschusses vom 2. November 1922 zur Beschließung...

Die durch Beschluß des Reichsausschusses vom 2. November 1922 zur Beschließung...

Die durch Beschluß des Reichsausschusses vom 2. November 1922 zur Beschließung...

Berggitter der Arbeiterbewegung.

Unsere Pflicht ist es, Entartungen in der Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Wenn wir nun...

Wer es mit der Arbeiterbewegung ehrlich meint, wird und in dem Bestreben...

Ist das Kommunismus?

Die Glasarbeiter-Gesellschaft Ostfachsens ist bedroht vom Gespenst der Arbeitslosigkeit...

Diese Beilegung wohnt Rücksichtnahme liegt die „echten“ kommunistischen...

In einer Zuschrift befragt sich ein Kamerad aus der Niederlausitz darüber, ob sich...

Jeder Streik ist berechtigt

So sagen Kommunisten und Unionisten. Gelegentlich eines Streiks der Bauarbeiter...

Barmen, den 11. November 1922.

Herrn Schäfer, Vorsitzender vom Bezirksverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes...

Da Sie hier unserer Mitglieder, mit Namen Robert Gammelte (Barmen),...

Unter der Hand- und Kopfarbeiter, Ortsgruppe Barmen. (Unterschrift.)

Also: Die Bauarbeiter berufen durch Streik, den Tariflohn zu erhöhen, die Unionisten...

Kampf um den Achtstundentag.

Von der Kölner Geschäftsstelle des Verbandes der Maschinisten und Geiger...

Spitzbergens Kohlenarbeiter.

Der nordwestliche Spitzbergensforstler Unionsführer Soel hat, wie wir der...

- List of names and locations: 1. Björnsen A.-G., Stavanger (Norw.), Bäreninsel, Devon u. Carbon. 2. Hjort...

Die Gruben der fünf wichtigsten Bergwerke sind nicht im Besitz der norwegischen...

Die norwegische Stene Kalk, Spitzbergens Kalkstein, die Produktion von 101 000 T.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Nebenverdienst.

Vom Vorstand des deutschen Arbeiterverbandes geht uns eine Zuschrift zu...

Die durch Beschluß des Reichsausschusses vom 2. November 1922 zur Beschließung...

Schäftsbezügen und „Stinnessozialisten“ offen und geheim für eine Verlagerung...

Auf dem Reichsbetriebsrätekongress waren noch mehr solcher Gänge verzeichnet...

Christlichkeit und Kommunismus.

Als die Gewerkschaftsaktion der kommunistischen Internationalen im vorigen Jahre...

„Kampfgegenstände“ die Wochenzeitschrift des Schwedischen Gewerkschaftsverbandes...

So soll dieser Kommunismus hinführen, wenn seine angeblichen „erben Vertreter“...

Ein kommunistischer Parteiführer als Gewerkschaftspalter.

In ihrer Presse behaupten die Kommunisten fortwährend, daß sie gar nicht daran denken...

Wademann hat also hier als offizieller Vertreter der kommunistischen Partei...

Wademann hat zum Vorteil der Mansfelder Kameraden kein Glück gehabt...

Wir fragen alle ehrlichen Kommunisten: Wird durch solche Handlungen, wie vorstehend...

die Entlohnung der Arbeiter darauf ein, daß der ganze Arbeiterberuf dem völligen...

Es kann und darf nicht sein, daß der demagogischen Selbstsucht von Leuten...

In der Zukunft wird es nicht nur Militär- und Beamtenmangel, sondern auch...

Im Ruhrgebiet muß die Schmutzindustrie in aller Eile zum vollständigen...

In Belgien sind in drei Theatern 24 Nebenverdiener beschäftigt; nehmen wir an...

Die Ruhepause für den Arbeiter und sollte man es nicht für möglich halten...

So weit die Zukunft. Es ist bedauerlich, daß sich Klassengenossen mit solchen...

Internationale Rundschau. Der Kampf der Bergarbeiter in Amerika.

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund wird uns geschrieben: Die im Aug. 1922 in Cleveland zustande gekommene Vereinbarung, die den nach monatelangen Kämpfen erlangten Erfolg der Bergarbeiter befestigt, bestimmte, daß für Beginn Oktober eine gemeinsame Konferenz von Arbeitgeber und Arbeitnehmern der Bergwerksgebiete mit ähnlicher Rolle einberufen sei. Diese Konferenz sollte eine partielle Kommission ernennen, die eine Methode für die Regelung der Arbeitsbedingungen und der ab 1. April 1923 in Kraft tretenden Löhne ausarbeiten sollte. Des weiteren sollte die Konferenz eine Enquete-Kommission ernennen, die mit der Untersuchung des gesamten Betriebs im Kohlen- und Eisenerz-Industriegebiet beauftragt werden sollte, um Mittel zu finden, die den derzeit herrschenden anarcho-syndikalistischen Tendenzen in dieser Industrie ein Ende machen.

Die Konferenz hat nunmehr stattgefunden. Sie hat den ersten Teil der außerordentlichen Sitzung erledigt. Es wurde die oben erwähnte Kommission gewählt, die die Methode festsetzen wird, derzufolge die Lohnsätze für den neuen Arbeitsvertrag ausgearbeitet werden wird. Der letztere wird dann in einer gemeinsamen im Januar stattfindenden Konferenz seine endgültige Fassung erhalten.

Durch die mittlerweile erfolgte Annahme des Gesetzes Vorab-Winslow, das die Einsetzung einer Untersuchungskommission für die Kohlenindustrie vorseht, war jedoch die Ernennung der auf Grund der Bestimmungen der Vereinbarung von Cleveland zu ernennenden Untersuchungskommission nach Auffassung der Konferenz überflüssig geworden. Gleichwohl wurde den beiden Parteien der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Freiheit gelassen, der Regierung eventuell ihre besonderen Kandidaten für die offizielle Kommission vorzulegen und zu empfehlen.

Mittlerweile wurde vom Präsidenten Harding die Liste der sieben Kandidaten für die offizielle Untersuchungskommission veröffentlicht. Der Wunsch der Vertreter der Arbeitgeber und Bergarbeiter, eigene Kandidaten vorzuschlagen, wurde vom Präsidenten abschlägig beschieden. Das Gesetz Vorab-Winslow schreibt vor, daß die Kommission für die Kohlenindustrie bis 15. Januar 1923, die Kommission für die Anthrazitkohlenindustrie ihren Bericht bis 1. Juli 1923 vorzulegen hat. Die endgültigen Ergebnisse sind Ende 1923 vorzulegen. Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes tragen das Gepräge der von Senator Borah vertretenen Anschauungen. So kommt von ihm der Vorschlag vor, die Kommission aus dem ursprünglichen Projekt Winslow, wonach sich die Kommission auch mit dem Problem der Rationalisierung des Kohlenbergbaues beschäftigen soll.

Der Aktionsausschuß („Action Committee“) des Bergarbeiterverbandes, der am 2. Oktober in Cleveland zusammentrat, legte die Richtlinien fest, die die Vertreter der Bergarbeiter bei der Beratung über die Arbeits- und Lohnbedingungen auf der gemeinsamen Konferenz einzuhalten haben werden. Es wurde beschlossen, die Forderungen einzunehmen, die auf dem Kongreß in Indianapolis im Februar 1922 im Hinblick auf den damals bevorstehenden Kontraktabschluß (April 1922) formuliert wurden, aufrecht zu erhalten. Wie man weiß, legte damals der Streik ein. Daß die Bergarbeiter ihre vor diesem Streik geäußerten Forderungen — darunter den Sechshunderttag — unterändert aufnehmen, ist wohl ein neuer Beweis für die Größe ihres letzten Erfolges.

Preissteigerungen in der Lebensmittelwirtschaft

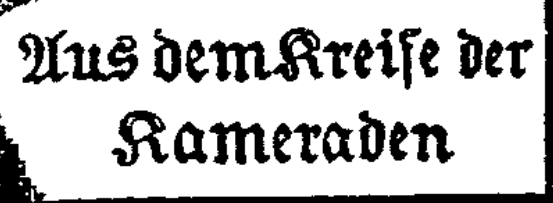
In der Lebensmittelwirtschaft sind die Preissteigerungen in diesem Jahr ständig zurückgegangen. Auf 100 im Frieden bezogen die Preise für Lebensmittel, Getreide, Petroleum, Seife im Januar 1922: 1467, für August 1920, September 1916 und Oktober 1916. Für Bekleidung stellen sich die Zahlen für die gleichen Zeiten auf 100, 2059, 1614, 1409 und 1219. Eine Folge dieser Preissteigerungen sind die Arbeitskampfe infolge des von den Unternehmern verfolgten sehr starken Lohnrückbaues.

Wohlstands Außenhandel

zeigt in den ersten sieben Monaten d. J. nach der „Ekononikschestaja Schina“, der amtlichen Wirtschaftszeitung, ein starkes, aber unregelmäßiges Anwachsen, wobei die Einfuhr die Ausfuhr weit übertrifft. Es wird angegeben in Goldrubel:

	Ausfuhr	Einfuhr
Januar	4 447 000	22 855 000
Februar	1 765 000	22 791 000
März	2 708 000	27 390 000
April	4 506 000	61 931 000
Mai	7 407 000	84 801 000
Juni	4 105 000	82 850 000
Juli	6 952 000	41 271 000
Zusammen	31 890 000	319 889 000

Die Einfuhr überwiegt also im Wert die Ausfuhr um 287 999 000 Goldrubel.



Am Weibhül der Zeit

Die Volkswirtschaftliche Abteilung unseres Verbandes bringt mit der letzten erschienenen Nr. 9 von „Verband und Wirtschaft“ eine besonders reich ausgestattete wirtschaftliche Materialsammlung heraus. Der Beisatzfaher unter dem obenstehenden Artikel behandelt in kurzen Abrissen die verschiedensten Begebenheiten des abgelaufenen Monats, soweit sie für die Wirtschaftsgestaltung von Bedeutung sind. Hervorzuheben wäre an dieser Stelle der Abschnitt, der sich mit der deutschen Kohlenfrage beschäftigt. Alle, die zu dieser Frage und damit verbunden zu der Frage der tariflichen Regelung der Leberarbeit Stellung nehmen wollen, sollten sich gerade dieses Kapitel aufmerksam durchlesen, und vor allem haben den Ausspruch Rautschs zu beherzigen, der in seinem neuesten Buche: „Die proletarische Revolution und ihr Programm“ also schreibt: „Studieren wir weniger unsere Gefühle und den Heißluft erregter Volksversammlungen und klubieren wir mehr das ökonomische Gerriebe und dessen Geise. Das ist profunder und oft sehr unpopulär. Aber es ist der einzige Weg, die proletarische Revolution zum Siege zu führen.“

„Studieren wir weniger unsere Gefühle und den Heißluft erregter Volksversammlungen und klubieren wir mehr das ökonomische Gerriebe und dessen Geise. Das ist profunder und oft sehr unpopulär. Aber es ist der einzige Weg, die proletarische Revolution zum Siege zu führen.“

Oberbergamtsbezirk Dortmund. Eine 25jährige Verbandszugehörigkeit

hat der Kamerad Paul Kieber in der Zahlstelle Dintfort hinter sich. Die Ortsverwaltung wünscht, daß er noch recht lange in der Zahlstelle mitarbeiten möge.

Großes Heil

ist der Union der Hand- und Koppfarbeiter (Selsenstrichen) überfahren. In Brambauer (Sehe Minister Achenbach) hat sie ein von den Mitgliedern unseres Verbandes abgefragtes Betriebsratsmitglied angenommen. Johann Schwan heißt der ernittelte Rat. Warum wurde Johann Schwan abgefragt? Weil die Verbandskammeraden und die Bezirksleitung sein Verstand für die Form seiner Kartoffelverföhrung barsten und seiner damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeits als Betriebsrat seinen Gesandten aufkommen konnten. Für „Sozialisierung“ und „Erfassung der Sachverhalte“ in seinem Sinn war er wie geschaffen. Im vorigen Jahre ging Schwan für die Verbandskartoffelverföhrung in Kauf. Auch er erhielt Kartoffeln auf der Sehe (10 Zentner und 20 Pfund), die aber bis heute noch nicht bezahlt sind, wenigstens ist in den Akten der Sehe nichts zu finden. Die zur Abhaltung von seinem Lohn eingetragenen 280 Mk sind auf Verkäufen des Magazinbeamten Boffelmann wieder gestrichen worden. In mehreren Mitgliederberufungen und Sitzungen, die sich mit der Angelegenheit beschäftigte, ist Schwan aufgefordert worden, sich von dem Vorwurf zu reinigen, was ihm bis jetzt nicht gelungen ist. Es laßt auf ihm bis jetzt noch das Odium der unrechtmäßigen Vereihrung zu ruhen auf Rollen der Sehe. Außerdem werden ihm 2000 Mk auf Rollen der Sehe, Autosfahrten usw. teils auf Kosten der Sehe, teils auf noch nicht ganz aufgeklärte Vorgänge nachgesehen. Um den Betriebsrat (Sehe Schwan) zu bestreiten bezog der Frau ein Geburtszeugnis (Sehe Schwan) zu machen, um dann das Geschäft einer weiteren Kartoffelverföhrung zu bekommen, bürge sich der Kartoffelhändler A. aus Gloggen von Herrn Kasimir Brügge man den Betrag von 300 Mk. Die Quittung mit der angegebenen Wertierung wurde im Seisein von Zeugen dem Schwan gezeigt und Erklärung verlangt, die aber nicht gegeben werden konnte. Johann Schwan mußte daher von seinem Betriebsratsposten auf Verlangen der Bezirksleitung und Ortsverwaltung zurücktreten bezog, er wurde nicht wieder angestellt.

Sehr erobst und eräumt über die Verbändler, die ihn als Rat aus seinen Höhen herunterholten, sann er noch Nach. Um wenigstens wieder seinen Posten zu erhalten und auf einem Umwege wieder Betriebsrat zu werden, wurde er Mitglied der Union der „Hand- und Koppfarbeiter“, als deren Vorhänger er einige Tage später einen Unfallschlag unterzeichnete. In Versammlungen und in der Verbandskartoffelverföhrung. Er versuchte die Arbeiter der Union ihre Mandate niederzulegen und ihre Vorstandsmitglieder zurückzugeben, weil er glaubte, damit eine Neuwahl des Gesamtbetriebsrats zu erzwingen und sich dann wieder als Betriebsrat wählen zu lassen. Bisler ist ihm das nicht gelangt. Um so viel näher wird aber die Wählarbeit in den Reihen der Kameraden betrieblen. Daß Schwan, ohne Betriebsrat zu sein, zu dem von den Kommissarien einberufenen Betriebsratskongreß nach Berlin delegiert wurde, versteht sich von selbst. In den nächsten Tagen wird er flüchtig als Vertreter der von den weitestgehenden Beschlüssen dieses Kongresses Mitteilung machen. Das ist Johann Schwan als neue Leuchte der Unionisten, die wir ihnen von Herzen gönnen. Alles, was von den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes ausgeschlossen wird, landet bei der Freien Arbeiterunion Selsenstrichen. Ein nettes Sammelurium!

Oberbergamtsbezirk Breslau. Ständiger Fall

ist die Verwaltung der Hohenzollerngrube. Sie gehört bekanntlich zu den reaktionärsten von Ober-Schlesien. Die Ämtern des Direktors Arbeiter gegenüber sind sehr oft nicht die eines gebildeten Mannes, sondern eines herrschsüchtigen, ungeschlachten Grobianen. Die gegen das abstrahlend, da wir hoffen, daß uns Herr Schöbner, so sehr gegen Gewalttätigkeit, wegen Verleumdung verurteilt und wir ihm den Beweis dafür an Gerichtsstelle erbringen können. Fast allmählich einmal, oft sogar zweimal in einer Woche muß sich die Verwaltung vor dem Berggewerbegericht Beuthen verantworten. Da es dieser Instanz natürlich nicht möglich ist, der Verwaltung bei ihrem rigorosen Verhalten Recht zu geben, erging sie sich in Vorwürfen gegen den Vorstehenden des Berggewerbegerichts und Schlichtungsausschusses, Herrn Bergarzt Mann. Dieser hat daraufhin sein Amt als Vorstehender des Berggewerbegerichts und des Schlichtungsausschusses niedergelegt und das Disziplinerverfahren (!) gegen sich beantragt. Da nach unserer Auffassung gerade dieser richterliche Bergbeamte sehr oft verurteilt hat, durch gefälschte Auslegung der Geise und Verordnungen der Verwaltung der Hohenzollerngrube Recht zu geben, so sind wir auf den Ausgang dieser Angelegenheit sehr gespannt. Dem Stein ins Rollen hat die Entscheidung des Beuthener Berggewerbegerichts in der Streitfrage der Einlassung der beiden Betriebsräte Piesch und Galla als gebracht. Wir sind, offen gestanden, wirklich neugierig, ob es den reaktionären Berg- und Oberbergämtern des Breslauer Oberbergamtes im Verein mit der Verwaltung der Hohenzollerngrube gelingt, dem Bergarzt Mann ein Bein zu stellen.

Nachfolger bezog. Vertreter des Bergarzt Mann ist Herr Bergarzt Schweißler geworden. Dieser hat sich bisher in der Auslegung der Geise und Verordnungen zwar alle Mühen gegeben, der Verwaltung gerecht zu werden, aber bei den großen, pömpen und dummen Versehen, welche die Verwaltung immer begeht, mußte auch dieser Bergbeamte schon mehrmals zur Verurteilung schreiten.

Am 1. Dezember tagten eine Anzahl Arbeiterinnen, denen seit dem 1. Mai der tarifliche Lohn von der Verwaltung verweigert wurde. Die Verwaltung begründete die Verweigerung damit, daß diese Arbeiterinnen, denen u. a. die Sauberhaltung der Schächter oblag, keine Arbeitnehmer im Sinne des Tarifvertrages sind. Die Arbeiterinnen wurden vom Verband der Bergarbeiter vertreten. Kamerad Viecha überzeugte das Berggewerbegericht, daß diese Arbeiterinnen Anspruch auf den Tariflohn haben. Die Verwaltung wurde daher verurteilt, den Arbeiterinnen den Tariflohn vom 1. Mai ab nachzugeben. Die Gesamtsumme, die die Verwaltung nachzahlen muß und um die die Arbeiterinnen betrogen wurden, beträgt 140 000 Mk.

Der Schlichter Balaer wurde von der Verwaltung fristlos entlassen. Als Begründung für die Entlassung wurde angeführt, daß er einen Arbeitslohn von 1000 Mk. im Monat bezog, was ein sehr hoher Lohn für einen Arbeiter ist. Dieser Vorgang soll sich aber nicht im Arbeitsverhältnis, sondern anerkennend ausgetragen haben. Die Verwaltung wollte also hier einen Mann für eine private Angelegenheit frafen.

Die Moral dieser Geschichte ist also folgende: Wenn der Hund eines Kameraden vor die Tür eines Samariters der Verwaltung etwas hinhockt, so muß der Hundebesitzer entlassen werden. Nahe... O, ist das eine Moral!

Daß dieses ungeheuerliche Verhalten keineswegs Einzelfälle in gefühligen Bestimmungen finden kann, ist für jeden vernünftigen Menschen selbstverständlich, aber nicht für die Verwaltung der Hohenzollerngrube. Diese glaubt aneinander, daß wir noch in der Feudalzeit leben, wo der „Drohher“ über Sein oder Nichtsein seines Arbeitstribunen unumstößlich herrschte. Das Berggewerbegericht konnte sich natürlich eine derartige Ansicht der Grubenverwaltung nicht aneignen. Der Vertreter des Bergarbeiterverbandes, Kamerad Viecha, der auch in diesem Falle die Klage vertrat, wies in längerer Ausführungen nach, wie unhalbar die Zustände auf der Hohenzollerngrube sind. Das Gericht erkannte auf seinen Antrag hin, daß die fristlose Entlassung zu Unrecht erfolgt sei. Der entlassene Arbeiter muß wieder eingestellt werden, außerdem wurde die Verwaltung beauftragt, dem Entlassenen die Schichten seit der Entlassung bis zur Wiedereinstellung zu bezahlen und in Gesamthöhe von 26 000 Mk.

Die obersteinständige Bergarbeiter können und daran werden den Wert und die Notwendigkeit des Bergarbeiterverbandes erkennen. Würde der Verband dem entlassenen Arbeiter und den Arbeiterinnen nicht beigestanden, so wären sie niemals zu ihren Rechten gekommen.

Saargebiet.

Aus dem Saarwerden.

Arbeiterzeitung, Schichten, Löhne und Nachbe im Juli, August und September 1922.

Nach Mitteilung des Oberbergamtes zu Saarbrücken weiß das 3. Vierteljahr 1922 folgende Zahlen auf: 1. Eingetragene Arbeiterzahl Ende September 1922. 17-... 2. Anzahl der verarbeiteten...

Gesamt, Pastoret usw.) 163 285, Vorrichtungs- und Reparaturarbeiten: unter Tage 18 226, über Tage 40 591. 3. Zahl der Unfallsverletzten. Tödtliche Unfälle unter Tage 16, über Tage 1. Unfälle, die mehr als vier Wochen Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatten, unter Tage 292, über Tage 48. 4. Durchschnittliche Schichtlänge (ohne Abzüge). Vorkammer im Seibtege 15,35 Hr. ohne Familienzulage, 18,70 Hr. mit Familienzulage, Durchschnitt aller Arbeiter unter Tage 14,27 bezw. 16,22 Hr., Durchschnitt aller Arbeiter unter und über Tage (einschließlich die der Anlagen) 12,67 bezw. 15,62.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 51. Woche (vom 17. bis 23. Dezember) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge. Das Mitglied Michael Sommer (Haupt-Nr. 811 427), Zahlstelle Gieselsdorf, ist wegen Schädigung des Verbandes auf Grund des § 6 des Verbandsstatuts und des Verstoßes gegen den Generalsammlungsbeschluss in Gießen aus dem Verbands ausgeschlossen.

Achtung! Achtung! Zahlstellen und Bezirksleitungen.

Infolge des bevorstehenden Jahresabschlusses ersuchen wir unsere Zahlstellen und Bezirksleitungen, die Fertigstellung der Dezember-Abrechnung so zu beschleunigen, daß dieselbe noch im Monat Januar in unseren Besitz gelangt. Dasselbe gilt auch für die Berichte über den Stand der Lokal- und Bezirkskassen sowie für die Mitgliederbewegung. Die Hauptkasse.

Abreisveränderungen.

Bradell. Der 1. Vertrauensmann Herrn Steinberg wohnt Königsstr. 49. Herr II. Der Vertrauensmann Franz Schermann wohnt Rittersstr. 4. Mann. Der Kassierer Otto Behre wohnt Gedwigsstr. 20b. Dasselbe wird jeden Sonntag von 12 bis 2 Uhr Krankegeld ausgezahlt.

Krankegeldauszahlung.

Gombach. Jeden letzten Sonntag im Monat beim Vertrauensmann Heinrich Becke. Gieselsdorf VIII. Beim Kassierer Peter Wöskel, Grenzstr. 122. Gieselsdorf. Jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr beim Vertrauensmann gegen Vorzeigen des Krankegeldscheines.

Bibliothek.

Gombach. Die Bibliothek befindet sich ab 1. Januar beim Vertrauensmann. Dort können zu jeder Zeit gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches Bücher in Empfang genommen werden.

Kassiererkommission Gernie. Am zweiten Sonntag im Januar beim Wirt Heintgen, Kiedlinghausen, Münsterstr.: Quartalsversammlung.

Erklärung. Am 21. Oktober 1920 brachte die Zeitschrift „Freie Arbeiter-Union“ in Gieselsdorf einen Aufsatz, in welchem behauptet wurde, der Verbandssekretär Max Gärtner in Gieselsdorf, Gieselsdorfstr. 24, habe sich bei der Gewerkschaft Urania barüber beschwert, daß die Zeche Hammerstein, die zur Gewerkschaft Urania gehört, zu hohe Löhne gegenüber anderen Steinlohlenzechen im Bezirk Rheinfelden zahle. Der Aufsatz war überschrieben: „Den arbeitervertreterischen Jubasstreikern der Verbandsbezogene hat sich ein neuer hinzugesellt, der wohl die bisher gestiehrten Schandakten an Arbeiterberrat noch übertrifft.“ Auch sonst enthielt der Aufsatz Ausfälle, wie: „Also die Verbandsführer, die von Arbeitergroßen leben, beschwören sich beim Unternehmer, daß ihre Arbeiter zu hohe Löhne verdienen.“ usw. Ich habe mich durch die in der Beilegungssache des Herrn Gärtner gegen mich erfolgte erbliche Vernehmung der Zeugen überzeugt, daß die in dem Aufsatz ausgesprochene Behauptung unrichtig ist und daß Herr Gärtner die Behauptung niemals getan hat, daß die „Freie Arbeiter-Union“ vielmehr falsch unterrichtet worden ist. Ich bebaure unter diesen Umständen als verantwortlicher Redakteur der „Freien Arbeiter-Union“, die Behauptung in meiner Zeitung geäußert zu haben und bebaure es insbesondere auch, daß der Aufsatz außer der unrichtigen Behauptung noch weitere beleidigende Äußerungen, wie „arbeitervertreterische Jubasstreik der Verbandsbezogene“ usw., enthielt. Ich habe mich veranlaßt gesehen, die gesamten Kosten der Privatklage zu übernehmen. Josef Witt.

Erklärung. Die gegen den Beisitzer des Bergarbeiterverbandes Herrn Julius Schwarz aus Mieselsdorf am 20. 8. 22 in der Urteilschast Wagnern-Mittelsdorf gemachten Äußerungen nehme ich hiermit mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Mittelbegbach-Saar, 26. 11. 22. Josef Schufz.

Der Bezirk Nordhausen sucht zum 1. Januar für das Bezirksbureau einen Bureauangestellten. Derselbe muß im Unterrichts- und Abrechnungswesen des Verbandes vollkommen bewandert sein und über eine gute Handschrift verfügen. Auch muß er die notwendige Korrespondenz mit den Zahlstellen in Abwesenheit der Bezirksleiter führen. Bewerber müssen fünf Jahre berufstätlich organisiert sein. Bewerbungschriften nebst selbstgeschriebenen Lebenslauf und einem Aufsatz über die Tätigkeit eines Gewerkschaftsangehörigen sind bis zum 27. Dez. 1922 an die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Nordhausen, Ortsmittelallee 31, mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzusenden.

Neuer Porto-Tarif.

- Postkarten: im Ortsbezirk 5 Mk., im Fernbezirk 15 Mk.
- Briefe im Ortsbezirk: bis 20 Mk., über 20 bis 100 Gr.
- 15 Mk., über 100 bis 250 Gr. 25 Mk., über 20 bis 100 Gr.
- Briefe im Fernbezirk: bis 20 Gr. 25 Mk., über 20 bis 100 Gr.
- 35 Mk., über 100 bis 250 Gr. 45 Mk.
- Drahtfäden: bis 25 Gr. 5 Mk., bis 50 Gr. 10 Mk., bis 100 Gr. 15 Mk., bis 250 Gr. 25 Mk., bis 500 Gr. 35 Mk., bis 1000 Gr. 45 Mk.
- Mitgliedsbeiträge: bis 250 Gr. 25 Mk., bis 500 Gr. 35 Mk., bis 1000 Gr. 45 Mk.
- Nachschub: bis 1 Rg. 50 Mk.
- Pakete: bis 5 Rg. 125 Mk., Fernzone 250 Mk., bis 6 Rg. 175 Mk., Fernzone 100 Mk., bis 7 Rg. 200 Mk., bis 7 Rg. 175 Mk., Fernzone 350 Mk., bis 8 Rg. 200 Mk., Fernzone 400 Mk., bis 9 Rg. 225 Mk., Fernzone 450 Mk., bis 10 Rg. 250 Mk., Fernzone 500 Mk., bis 11 Rg. 275 Mk., Fernzone 550 Mk., bis 12 Rg. 300 Mk., Fernzone 600 Mk., bis 13 Rg. 325 Mk., Fernzone 650 Mk., bis 14 Rg. 350 Mk., Fernzone 700 Mk., bis 15 Rg. 375 Mk., Fernzone 750 Mk., bis 16 Rg. 400 Mk., Fernzone 800 Mk., bis 17 Rg. 425 Mk., Fernzone 850 Mk., bis 18 Rg. 450 Mk., Fernzone 900 Mk., bis 19 Rg. 475 Mk., Fernzone 950 Mk., bis 20 Rg. 500 Mk., Fernzone 1000 Mk.
- Zeitungspakete: bis 5 Rg. 125 Mk., Fernzone 250 Mk.
- Verbandsungen (Mitgliedsbeiträge und Postpakete): die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und Versicherungsgebühr beträgt für je 3000 Mk. 20 Mk.
- Postanweisungen: bis 100 Mk. 12 Mk., bis 200 Mk. 20 Mk., bis 500 Mk. 30 Mk., bis 1000 Mk. 40 Mk., bis 2000 Mk. 50 Mk., bis 5000 Mk. 60 Mk., bis 20 000 Mk. 80 Mk.
- Rechnungen: bis 100 Mk. 6 Mk., bis 200 Mk. 10 Mk., bis 500 Mk. 15 Mk., bis 1000 Mk. 20 Mk., bis 2000 Mk. 25 Mk., bis 5000 Mk. 30 Mk., bis 20 000 Mk. 40 Mk., für jede weitere 10 000 Mk. oder einen Teil dieser Summe mehr 20 Mk.
- Einlieferungsgebühr: 20 Mk.
- Einlieferungsbeitrag: Briefleitung im Ortsbezirk 50 Mk., im Fernbezirk 90 Mk., Paket im Ortsbezirk 60 Mk., im Fernbezirk 120 Mk.

Zu beziehen durch die Buchhandlung S. Hansmann & Co., Requin: Otto Hue, sein Leben und Wirken von Nikolaus Osterhoff, Broschiert für 100 Mk., im Buchh. 150 Mk., gebunden 1. Hft. 125 Mk., im Buchh. 250 Mk. 2. Hft. 125 Mk., im Buchh. 250 Mk.